

Antrag

der AfD-Fraktion

Primat der sogenannten Klimapolitik beenden

Der Landtag stellt fest:

1. Es gibt weder eine Klimakrise noch einen Klimanotstand.
2. Klimamodelle des Weltklimarates sind als solche zu verstehen und werden vornehmlich von deutschen Medien und Politikern sachgrundlos dramatisiert.
3. Der Primat des menschengemachten Klimawandels soll einschneidende, wohlstands- und wettbewerbsgefährdende sowie freiheitseinschränkende Eingriffe rechtfertigen.
4. Der „Klimaschutz“ untergräbt durch Fehlallokationen von Ressourcen nicht nur die Daseinsvorsorge, sondern hebt durch planwirtschaftliche Eingriffe wie den Windkraftausbau in nichtgeeigneten Gebieten den Umweltschutz aus und verhindert die Entwicklung sinnvoller Alternativkonzepte der Energiegewinnung.
5. Das Ziel einer anzustrebenden „Klimaneutralität“ durch Dekarbonisierung erzeugt Kosten, die für Bürger und Staat unbezahlbar sind, Arbeitsplätze vernichten und den Wohlstand in Brandenburg und Deutschland zerstören.
6. Deutschland ist daher weltweit das einzige Land in der Rezession.
7. Nicht zuletzt gefährdet die Klimapolitik den Denkmalschutz und bedroht die historischen Ortskerne und Dorfanlagen Brandenburgs.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf allen Politikebenen vom Primat einer „Klimaneutralität“ zu verabschieden.
2. Die Landesregierung wird beauftragt, die Umsetzung aller Strategien, Konzepte und Maßnahmen zu stoppen, die ursächlich sind für die extrem hohen Preise, insbesondere im Energiesektor.¹

¹ Vgl. IW Köln: „Transformationspfade für das Industrieland Deutschland“, in: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2023/Gutachten-Transformationspfade-Industrieland-D.pdf (November 2023), abgerufen am 21.11.2023.

3. Insbesondere ist
 - der sogenannte „Klimaplan“ ad acta zu legen,
 - die sogenannte „Energiestrategie 2040“ und die „Wasserstoffstrategie“ durch eine Konzeption zu ersetzen, welche die jederzeitige Sicherstellung der Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen in den Mittelpunkt stellt, hierzu die Stromerzeugungskapazitäten ausbaut und möglichst breit diversifiziert und Brandenburg als Energieexportland sichert,
 - der weitere Ausbau der Windkraftanlagen als volkswirtschaftliche Ressourcenverschwendung zu stoppen.
4. Eine entsprechende alternative und durchgerechnete Energiestrategie ist dem Landtag bis zum 5. Juni 2024 zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Eventuell durch 1. und 2. freiwerdende Haushaltsmittel werden zur Umsteuerung genutzt. Es wird ein Umweltschutzplan mit einer Kommunikationskampagne aufgelegt, mit der die Abkehr von der Klimapolitik und die Hinwendung zum Umweltschutz positiv begleitet wird.
6. Unabhängig vom Klimawandel sind vorausschauende und ressortübergreifende Strategien für die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft umzusetzen, für das Wassermanagement sind z. B. die Folgen der Beendigung des Braunkohlebergbaus zu beachten.

Begründung:

Die deutsche Politik ist wie in anderen Feldern so auch in der Klimapolitik völlig ideologisiert. Statt vernünftig mit prognostizierten Klimaänderungen umzugehen, werden - bevor Auswirkungen eines wie auch immer gearteten, langfristigen Klimawandels sich in Mitteleuropa bemerkbar machen - in bemerkenswert kurzer Zeit die Grundlagen der Versorgungssicherheit untergraben.

So ist der sogenannte „Klimaplan“ der Landesregierung ein bürokratisches Monster, dessen Ansatz die linksgrüne Klimaideologie zur Staatsdoktrin in dem Sinne erheben soll, dass er Vorgaben für alle anderen Politikbereiche macht. Die Maßnahmen des „Klimaplans“ sind aktionistisch und nebulös: „Klimaneutralität“ ist kein operationales Ziel, da alle Angaben auf Modellannahmen beruhen. So wird es zu keinem Zeitpunkt möglich sein, durch die Errichtung von immer mehr Windindustrieanlagen und Solarparks eine prognostizierte Erderwärmung im globalen Maßstab insgesamt aufzuhalten.

Eine Energievollversorgung einer Industriegesellschaft ist aus regenerativen Quellen nicht zu schaffen. Dies zeigt sich bereits jetzt, die Energiewende scheitert wegen wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten im Ansatz und muss umgesteuert werden. Die Verwerfungen und Kollateralschäden, welche die hocheffektive und allein daher schon umweltfreundliche Produktion einer Industrienation untergraben werden, sind mit einem wirklichen ökologischen Ansatz nicht zu vereinbaren.

Statt in Brandenburg zur Bekämpfung von globalen Klimaänderungen immer hektischer und kopfloser eine längst gescheiterte „Energiewende“ voranzutreiben, kommt es vielmehr darauf an, die Debatte um den Umgang mit Klimaänderungen zu versachlichen und darüber hinaus vorausschauende Anpassungsstrategien zu entwickeln. Projekte zur Anpassung der Landwirtschaft durch Wissenstransfer sind grundsätzlich zu unterstützen, so z. B. im Projekt Klimabauern die Beschäftigung mit relevanten Forschungsthemen wie Humusaufbau oder Wassereinsparmaßnahmen.

Im globalen Maßstab tritt hinzu, dass die Weltklimakonferenz in Dubai 2023 als bedeutendstes Ergebnis die internationale Aufwertung der Kernenergie erbrachte. 22 fortschrittliche Nationen werden die energiepolitische Zukunft Wirklichkeit werden lassen. Deutschland gehört nicht dazu.

Dabei zerstören die extrem hohen Energiepreise aufgrund von Fehlallokationen von Ressourcen in Deutschland die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie und torpedieren für nur im Inland agierende Betriebe die Möglichkeit, mit ihrer Tätigkeit noch Gewinne zu erzielen.

Diese Entwicklung führt zu immer mehr Insolvenzen und Gewerbeabmeldungen sowie zur zunehmenden Abwanderung energieintensiver Unternehmen ins drei- bis fünfmal kostengünstigere Ausland.

Damit gehen immer mehr Arbeitsplätze und am Ende der schon seit Jahren zurückgehende produktive Kapitalstock verloren.

Die durch sogenannte NGOs international gesponserte und sich vor allem in Deutschland selbstverstärkende Klimahysterie mit sachgrundlos ideologisierten Hinweisen auf Extremwetterereignisse scheint sich von den vorsichtigen und im wissenschaftlichen Diskurs nicht unumstrittenen Erkenntnissen der Klimawissenschaft immer weiter abzukoppeln. Die mediale Beobachtung dieser Hysterie zeigt sich an drei Beispielen: „Klimaskeptiker“ werden zu „Klimaleugnern“, die „Erderwärmung“ wird zu einer „Erderhitzung“ und der „Klimawandel“ wird zum „Klimanotstand“.

Zukunftsprognosen werden als Wahrheit betrachtet, dieser „Wahrheit“ müssen angeblich wirksame „Gegenmaßnahmen“ in Form eines globalen „Klimaschutzes“ entgegengesetzt werden, der nur in Deutschland bis zur De-Industrialisierung und Rezession geführt wird - also über den Erhalt der Basis unseres Wohlstands.

Dieser Umstand der heimischen Politik muss auch im Hinblick auf die Formulierung der 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO (SDG) berücksichtigt werden. Was gut gemeint ist, führt in ideologiegetriebenem, nationalem Rahmen in die technische Rückständigkeit und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Vor diesem Hintergrund muss die fehlende Meinungsvielfalt in Deutschland betrachtet werden - bringt eine Klimakonferenz wie die in Dubai unerwünschte Ergebnisse, wie das Bekenntnis zur Kernenergie, werden diese nicht diskutiert.

Die Einschränkungen des CO₂-Ausstoßes in Deutschland haben keine internationale Wirkung und werden diese niemals entfalten können. Es gibt keinerlei internationale Vereinbarung, welche eine Nation auf den Weg der Selbstschädigung zwingt, auch wenn das diesbezügliche vorherrschende Narrativ geteilt würde.

Deshalb müssen die Ziele der Landespolitik wieder in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden, um sowohl eine wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung zu gewährleisten als auch Natur-, Umwelt- und Wasserschutz sicherzustellen. In diesem regionalen Zusammenhang darf auch der stets schwer gegen divergierende Interessen durchzusetzende Denkmalschutzgedanke nicht durch den Ausbau sogenannter Erneuerbarer Energie eine zusätzliche Gefährdung erhalten.

Schließlich: Voraussetzungen für ein erfolgreiches Wirtschaften sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen und damit unseres Wohlstands in Brandenburg sind schlussendlich eine internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Möglichkeit, zu Kosten arbeiten zu können, die die Erlösmöglichkeiten am Markt nicht systematisch dauerhaft überschreiten. Dazu sind insbesondere die in den letzten zwei Jahren teilweise bis zu einer Verdreifachung gestiegenen Energie- und hier insbesondere die Strompreise auf ein Maß zurückzuführen, die eben genau das wieder ermöglichen.

Preise können in einer Marktwirtschaft jedoch nur sinken, wenn das Angebot gesteigert wird und der Nachfrage entspricht. Ein größeres Angebot an Strom rund um die Uhr kann nur durch mehr Erzeugungskapazitäten - auch und insbesondere in Form von Reservekraftwerken zur Überbrückung von Dunkelflauten - gewährleistet werden. Auch sind grundlastfähige Erzeugungskapazitäten unabdingbar erforderlich. Daher sind mindestens bis zur baulichen Realisierung von Gaskraftwerken als Reservekraftwerke, die schon vor mehr als drei Jahren im Landtag Brandenburg gefordert wurden, die Braunkohlekraftwerke weiterzubetreiben und möglichst dezentrale weitere Erzeugungskapazitäten mit hoher Priorität auszubauen wie bewährte Biosgasanlagen, neue Geothermie- und ergänzend Wasserkraftnutzung in Form von Strömungskraftwerken.

Da all diese Maßnahmen keine kurzfristige Absenkung der Energie- und insbesondere Strompreise erbringen können, sind hier direkte Hilfen an die Brandenburger KMU erforderlich, die nicht von den vom Bund auf den Weg gebrachten Industriestrompreisen profitieren können, damit möglichst viele Unternehmen und damit Arbeitsplätze auch für die Zukunft erhalten werden können.

Es gibt klare Tendenzen wichtiger Unterzeichner des Pariser Klimaschutzabkommens, dieses nicht umsetzen zu wollen, besonders von China. Präsident Xi Jinping hat dies am 18. Juli 2023 anlässlich des Besuchs des amerikanischen Klimabotschafters John Kerry bekräftigt.² CO₂-Reduktionsziele werden in diesem Umfeld sinnlos, wenn sie nicht zu technologischem Fortschritt führen, der die deutsche Wettbewerbsfähigkeit erhöhen würde. Da dies nicht der Fall ist, sollte das Land Brandenburg Vorreiter darin werden, aus dem Primat der sogenannten Klimapolitik auszusteigen.

² Vgl. CNN: „Xi says China will follow its own carbon reduction“, in: <https://edition.cnn.com/2023/07/19/china/china-xi-carbon-climate-kerry-intl-hnk/index.html> (19. Juli 2023), abgerufen am 19.12.2023.